THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 3
April 2008

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Entschließungsantrag zur Einführung der Thüringer Landgemeinde mehrheitlich angenommen

In der Plenarsitzung am 11. April 2008 präsentierte Christian Carius (CDU) das unter seinem Vorsitz in der Enquetekommission 4/1 erarbeitete Leitbild für eine Verwaltungsreform auf gemeindlicher Ebene. Die entsprechende Vorabempfehlung dient als Grundlage für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gemeindestruktur in Thüringen. Durch den demografischen Wandel sowie die daraus resultierenden geringeren Einnahmen seien bei den derzeit bestehenden Verwaltungsgemeinschaften auf kommunaler Ebene größere Probleme zu erwarten, resümierte Carius. Kleine Gemeinden könnten z.B. den Finanzierungsanteil bei Investitionsmaßnahmen oft nicht erbringen. Aber auch das politische Handeln der Bürgermeister in den Verwaltungsgemeinschaften, das sich meist ausschließlich auf den Wirkungskreis der eigenen Gemeinde konzentriert, ist laut Carius in Zukunft nicht mehr tragfähig.
Die Enquetekommission empfiehlt daher dem Landtag, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Neuordnung der gemeindlichen Strukturen zu schaffen. Carius betonte die damit einhergehende Möglichkeit einer Stärkung der demokratischen Beteiligung der Bürger. Mittels der Landgemeinden „werden die Mitgliedsgemeinden von der büromäßigen Abwicklung der übertragenen Aufgaben entlastet, während die Beschlussfassung über die eigenen Aufgaben bei ihnen verbleibt“, so die Vorabempfehlung der Enquetekommission.
Frank Kuschel (LINKE) verweigerte im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum vorgestellten Modell. Er vermisste insbesondere ein Gesamtkonzept für eine umfassende Funktional- und Kreisgebietsverwaltungsreform. Auch kritisierte er die ausschließlich finanziellen Erwägungen sowie die fehlende Abgrenzung zur bereits bestehenden Einheitsgemeinde. Kuschel unterstrich das Ziel der LINKEN, die gemeindliche Ebene deutlich zu stärken. Heike Taubert (SPD), ebenfalls Mitglied der Enquetekommission, setzte auf eine Einigung bis zum Jahresende. „Die Gemeindegebietsreform orientiert sich an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger und an den finanziellen Möglichkeiten“, lobte sie. Taubert forderte dazu auf, weitere gemeinsame Empfehlungen abzugeben, um mit klaren Rahmenbedingungen in die neue Legislaturperiode starten zu können.

Geoinformation als Bestandteil einer zukunftsfähigen Infrastrukturpolitik

Das Geoinformationswesen, dem es obliegt, geografische Informationen zu beschaffen, zu verarbeiten und damit nutzbar zu machen, hat im Zuge der Digitalisierung der Informations- und Kommunikationstechnologie eine tief greifende Wandlung erfahren. So genannte Geobasisdaten, also amtliche Daten, die die Landschaft, Grundstücke und Gebäude anwendungsneutral beschreiben, werden immer häufiger elektronisch verfügbar gemacht. Über die Bedeutung des Geoinformationswesen innerhalb der Landesverwaltung berichtete Thüringens Minister für Bau und Verkehr, Andreas Trautvetter (CDU), dem Landtag in seiner Regierungserklärung vom 10. April 2008. Er kündigte an, dass das Landesamt für Vermessung und Geoinformation bis zum Jahresende 2009 den flächendeckenden und inhaltlich vollständigen Aufbau der Automatisierten Liegenschaftskarte abschließen wolle. Die Geoinformationspolitik auf Landes-, Bundes- und Europaebene habe gerade für die Bürger transparenteres und effizienteres Verwaltungshandeln zur Folge, so der Minister. Benno Lemke (LINKE) kritisierte vehement die Verkehrspolitik der Landesregierung. Weder seien die geplanten Einsparungen erreicht worden, noch seien die bisherigen Maßnahmen nachhaltig. Sabine Doht von der Fraktion der SPD konstatierte, dass trotz des Bevölkerungsschwunds keine Abnahme der Verkehrsströme zu erwarten sei. Sie plädierte dafür, nach Möglichkeiten zu suchen, Straßenverkehr durch Schienenverkehr zu ersetzen und die Subventionierung von Kurzstreckenflügen durch die Landesregierung zu stoppen. Siegfried Wetzel (CDU) hielt dem entgegen, dass die Landesregierung gerade beim Aufbau einer modernen, leistungsfähigen Infrastruktur große Erfolge erzielt habe.

Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

In seiner Sitzung am 4. April 2008 hat der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit seinen Beitrag zum „Demografiebericht Thüringen“ abgeschlossen. Im Ergebnis wird die Landesregierung gebeten, den Demografiebericht fortzuschreiben und dabei vertieft auf Handlungsfelder einzugehen, die für die öffentlichen Finanzen, die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Thüringen besonders wichtig sind. Durch Konzentration und Optimierung zentral-örtlicher Versorgungs- und Verwaltungszentren und eine entsprechende Fortsetzung der Behördenstrukturreform soll eine demografiegerechte Anpassung und Reduzierung der öffentlichen Ausgaben erreicht werden. Weiterhin wird empfohlen, dem zunehmenden Fachkräftemangel u.a. durch die Förderung von Zu- und Rückwanderung zu begegnen. „Nicht zuletzt spielen dabei Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für erwerbstätige Frauen und Männer eine immer wichtigere Rolle“, so der Ausschussvorsitzende Dr. Michael Krapp. Der Wirtschaftsausschuss überwies seine Empfehlungen an den federführenden Ausschuss für Bau und Verkehr, der sie gemeinsam mit denen aller anderen Fachausschüsse zu einem Plenarantrag zusammenfassen wird.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

im April-Plenum standen besonders viele Themen auf dem Programm, so dass sich die Beratungen über drei Tage hinweg erstreckten. Behandelt wurden verschiedene Gesetzentwürfe, so das Thüringer Gaststättengesetz, aber auch Anliegen wie die Entwicklung Thüringens als Medienstandort oder die Möglichkeit der Sonnenenergienutzung auf Dächern von Landesbehörden. In der vor Ihnen liegenden Ausgabe des Landtagskuriers berichten wir unter anderem über die geplante Einführung der Thüringer Landgemeinde als Kern einer Gebiets- und Verwaltungsreform auf kommunaler Ebene. Außerdem informieren wir Sie in gewohnter Weise über gern gesehene Ausstellungen im Thüringer Landtag. Auch zu deren Besichtigung sind Sie, über die Beschäftigung mit der Thüringer Landespolitik hinaus, stets herzlich willkommen!

Ihre

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

„Lebenswege“: Die Kunst- und Designschule IMAGO

Mit der IMAGO Kunst- und Designschule ist in Erfurt eine Kreativschule der besonderen Art angesiedelt. In über 30 Kursen, die parallel zum Schuljahr ablaufen, werden Arbeitsmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Genres der bildenden und angewandten Künste angeboten und von Interessenten aller Altersgruppen ausgiebig genutzt. Auch steht die IMAGO für eine Förderung kultureller und generationsübergreifender Kommunikation.



Vom 13. März bis zum 25. April 2008 war im Thüringer Landtag eine Ausstellung von ehemaligen Schülern der IMAGO unter dem Titel „Lebenswege“ zu besichtigen. Alle dort zu sehenden jungen Künstlerinnen und Künstler wurden einst unter dem Dach der IMAGO-Kunstschule geformt und geprägt. Die jeweils eigene Berufswahl konnte dort initiiert, vorbereitet und begleitet werden. Im Rahmen der Ausstellung präsentierten die Künstler und Künstlerinnen ihre Werke, die mit unverwechselbarer Handschrift gearbeitet sind. Durch die Originalität der ausgestellten Objekte sollte obendrein dazu angeregt werden, sich auf eine spannende intellektuelle Reise zu begeben und die ganz unterschiedlichen Lebenswege der IMAGO-Schüler zu verfolgen.

Ausstellung „Mensch und Natur gehören zusammen“ im Thüringer Landtag

Im Foyer des Thüringer Landtags wurde am 10. April 2008 durch Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Dr. Volker Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, und Carola Stauche (CDU), Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die Wanderausstellung „Mensch und Natur gehören zusammen“ eröffnet. Bis zum 29. April präsentierten sich sieben Thüringer Naturschutzgebiete, um Schönheit und Eigenart der Landschaften in Thüringen und Möglichkeiten zu deren nachhaltiger Nutzung vorzustellen. Dabei wurden auch Fragen nach dem sich wandelnden Verhältnis von Mensch und Natur neu aufgeworfen. In ihrer Eröffnungsrede hob die Landtagspräsidentin hervor, dass „das Wissen über die Natur, ihre inneren Zusammenhänge und das richtige menschliche Verhalten in ihr“ verloren gehe. Insofern sicherten die Naturparks „notwendige Erfahrungsräume für Umweltbildung und Forschung.“ Carola Stauche lud dazu ein, die vorgestellten Regionen persönlich aufzusuchen, um das ‚Erlebnis Natur’ vor Ort auf sich wirken zu lassen.



CDU

Lösung mit Augenmaß
CDU und SPD bringen Landgemeinden auf den Weg

In Thüringen sollen die Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden perspektivisch durch die neue Form der Thüringer Landgemeinde ersetzt werden. Einen entsprechenden Entschließungsantrag der CDU und der SPD hat der Thüringer Landtag im April verabschiedet. Wie der CDU-Fraktionsvize und Vorsitzende der Enquetekommission zur Gebiets- und Funktionalreform, Christian Carius, im Landtag sagte, werden alle Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises an die Thüringer Landgemeinde übertragen. Ihre Ortschaften sollen jedoch weitgehende Rechte in allen die örtliche Identität und das Zusammenleben vor Ort betreffenden Fragen erhalten. Das neue Modell steht für gleichermaßen leistungsfähige wie bürgernahe Gemeinden, die auch bei zurückgehender Bevölkerung Zukunft haben.

CDU Fraktion bringt erstes Bibliotheksgesetz Deutschlands auf den Weg

Thüringen ist Kulturland mit Weitblick

Die CDU-Fraktion hat in der letzten Sitzung des Thüringer Landtages den Entwurf für ein Thüringer Bibliotheksrechtsgesetz eingebracht. Das Gesetz soll die Rechtsverhältnisse der rund 280 öffentlichen Bibliotheken in Thüringen regeln und möglichst noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden.



Während seiner Ausführungen im Plenum verdeutlichte der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Jörg Schwäblein, dass man sowohl mit Kulturgütern aus vergangener Zeit als auch mit den Aufgaben und Anforderungen an eine Bibliothek in der heutigen Mediengesellschaft verantwortungsvoll umgehen sollte.

Wie Schwäblein sagte, „hat Thüringen damit gute Aussichten, das erste Bibliotheksgesetz in einem deutschen Land zu haben und so eine Empfehlung der Bundestagsenquetekommission ‚Kultur in Deutschland‘ umzusetzen“. Die CDU-Fraktion hat nach seinen Angaben den im Dezember vergangenen Jahres vorgelegten Abschlussbericht der Kommission abgewartet, um dessen Ergebnisse berücksichtigen zu können. Anstoß für das Vorhaben sei die Rede des Bundespräsidenten zur Wiedereröffnung der Anna Amalia Bibliothek am 24. Oktober 2007 gewesen. Bei dem geplanten Bibliotheksrechtsgesetz handelt es sich um ein Artikelgesetz, das im Kern ein Bibliotheksgesetz und zugleich fällige Änderungen am Hochschul-, Presse- und Archivgesetz umfasst, die sich unter anderem aus den neuen Medien und dem Informationsfreiheitsgesetz ergeben. Entscheidend ist laut Schwäblein jedoch, „dass die Bibliotheken als Wissensspeicher und institutionalisiertes Gedächtnis, als Stätten der Kultur und des Lernens und als Informationsquellen ein eigenes rechtliches Fundament erhalten“.

Der Entwurf enthält unter anderem Bestimmungen zur Bibliotheksfinanzierung und -förderung und zur allgemeinen Zugänglichkeit aller öffentlichen Bibliotheken, einschließlich der Behördenbibliotheken. Die Belegexemplarregeln für Gedrucktes und digital Publiziertes werden erweitert, und den Bibliotheken wird eine Vermittlungs- und Schulungstätigkeit nahe gelegt.

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

Anbauverbot für gentechnisch veränderten Mais beantragt

DIE LINKE hat einen Antrag für die nächste Landtagssitzung im Mai eingebracht, mit dem sie die Landesregierung auffordert, „Maßnahmen gegen die Gefahren von transgenem Mais MON 810 zu ergreifen“, so die agrarpolitische Sprecherin Dr. Johanna Scheringer-Wright. Sie verweist auf neue Untersuchungen, die „erhärten, wovor Ökologen schon immer gewarnt haben: die Risiken, die von gentechnisch verändertem Mais



Dr. Johanna Scheringer-Wright

ausgehen, sind größer, als es Monsanto einräumt. Aus diesem Grund gibt es in immer mehr Ländern Anbauverbote für diesen Mais, jüngstes Beispiel ist Frankreich“. Auch in Thüringen sei es deshalb „höchste Zeit, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und ein Anbauverbot zu erlassen. Dies wäre zukunftsfähiges und verantwortungsbewusstes politisches Handeln - alles andere und ein Weiterso wie jetzt zeigen Unkenntnis, Unvermögen und Lobbyismus zugunsten der Gentechnikprofiteure“.

Wieder Bürgerprotest vor dem Landtag gegen „Zwangsbeiträge“

Am Rande der letzten Landtagssitzung, die sich zum wiederholten Mal auf Antrag der LINKEN mit der Problematik der Kommunalabgaben befasste - diesmal auf der Grundlage des Entwurfs für ein Thüringer Kommunalabgabenanpassungsgesetz -, demonstrierten unter dem Dach der Bürgerallianz mehrere hundert Thüringer gegen die „Zwangsbeiträge“, wie es Peter Hammen, der Vorsitzende der Allianz, betonte. Er forderte von den Landtagsabgeordneten „gewissenhafte und vernünftige Entscheidungen“, die besonders auch die vergleichsweise schwachen Einkommensverhältnisse vieler Hauseigentümer, vor allem auf dem Lande, berücksichtigen. Der Redner der Bürgerinitiative aus Neusiß im Ilmkreis sprach von „modernem Raubrittertum“, würden doch von ihnen mit die höchsten Beiträge verlangt und das, obwohl der Zweckverband noch gar keine Investition vorgenommen habe. Der Einladung der Bürgerallianz an alle drei Fraktionen war lediglich DIE LINKE gefolgt. Ihr Vorsitzender Dieter Hausold betonte: „Sie sind für uns Auftraggeber in unserem Bemühen im Landtag, mehr Gerechtigkeit zu erreichen.“ Allerdings prallten die Initiativen der LINKEN an der Arroganz der CDU-Landesregierung immer wieder ab.

DIE LINKE

Fraktion.DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72293
Fax: 0361 3772321
www.die-linke-thl.de

LINKE vergibt erneut Demokratiepreis

Erneut haben die Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE einen Demokratiepreis ausgeschrieben - für den Zeitraum vom 20. März bis 1. September -, mit dem sie Menschen ehren wollen, die sich durch ehrenamtliche Initiativen und Engagement für demokratisches Miteinander auszeichnen. Die Preise in einer Gesamthöhe von 3.000 Euro werden durch Spenden der Abgeordneten finanziert.
Über die Vergabe entscheidet eine Jury aus Mitgliedern der Fraktion und außerparlamentarisch Aktiven. Die Auszeichnung der Preisträger erfolgt im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung am 4. November 2008. Eingereicht werden können Bewerbungen von Einzelpersonen, Initiativgruppen oder Vereinen.

Praktikanten in Firmen nicht ausbeuten: Festanstellung anstreben

Zustimmung zu Plenarantrag: SPD-Fraktion nimmt Thüringer Unternehmer in die Pflicht

Mit einem Aufruf an die Thüringer Wirtschaft, Praktikanten nur zu fairen Bedingungen zu beschäftigen, wendet sich SPD-Wirtschaftspolitiker Dr. Hartmut Schubert an Thüringer Unternehmer. Es sei ein großer Erfolg, dass sich in der April-Plenarsitzung alle drei Fraktionen einstimmig dafür ausgesprochen hätten, die Situation von Praktikanten in Thüringen zu verbessern. Nun sei die CDU-Landesregierung in der Pflicht, schnell tätig zu werden und in der Abstimmung mit den Wirtschaftsverbänden für faire Bedingungen bei Praktika in der Thüringer Wirtschaft zu werben.
„Leider ist es auch im Freistaat üblich, Hochschulabsolventen in so genannten Scheinpraktika als Ersatz für eine reguläre Stellenbesetzung auszunutzen“, sagt Schubert. Diese ungute Entwicklung müsse gestoppt werden. „Praktika sind vor allem dann gut, wenn sie dem Einstieg in eine Festanstellung oder der Weiterbildung dienen“, so Schubert.
Die CDU-Landesregierung solle deshalb nach dem Beschluss im Landtag offensiv dafür werben, dass sich Thüringer Unternehmer der unter Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministeriums stehenden Kampagne „Fair Company“ anschließen. Diese beinhaltet unter anderem, Vollzeitstellen nicht mit Praktikanten, Volontären oder Hospitanten zu besetzen. SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie forderte die Landesregierung zudem auf, regelmäßig einen Bericht über die aktuelle Situation der Hochschulabsolventen vorzulegen. Matschie: „Die Abwanderung gut ausgebildeter, motivierter Absolventen muss endlich gestoppt werden. Wir dürfen die wirtschaftliche Zukunft Thüringens nicht verspielen.“



Die SPD-Fraktion will die Kontakte zur Thüringer Wirtschaft intensivieren und so auch dafür sorgen, dass Praktikanten in den Firmen zu fairen Bedingungen beschäftigt werden. Hier besuchen Abgeordnete der SPD-Fraktion „Multicar“ in Waltershausen – Christoph Matschie (2.v. rechts) im Gespräch mit Multicar-Geschäftsführer Walter Botschatzki (rechts).

SPD

Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72365
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Landesregierung soll gute Studienbedingungen im Freistaat erhalten

Eine stärkere materielle Unterstützung des Landes für die Thüringer Hochschulen bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses fordert der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. David Eckardt bezieht sich dabei auf eine Stellungnahme der Hochschulrektorenkonferenz, die kürzlich in Jena tagte. Demzufolge wird bei der Finanzierung der deutschen Hochschulen der durch die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge erforderliche erhöhte Betreuungsaufwand nicht angemessen berücksichtigt. „Wir können die Hochschulen nicht erst zur einer umfassenden Reform ihrer Studiengänge anhalten und sie dann finanziell im Regen stehen lassen“, kritisiert Eckardt.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail: buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail: tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Der Datenschutzbeauftragte

7. Bericht über die Tätigkeit des TLfD

Der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz (TLfD), Harald Stauch, stellte am 17. April 2008 im Rahmen einer Pressekonferenz seinen 7. Tätigkeitsbericht für den Berichtszeitraum 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2007 vor.

Neben Themen wie
- Online-Durchsuchung privater Computer,
- Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten,
- biometrische Merkmale im elektronischen Reisepass,
- Kennzeichenerkennung im Thüringer Polizeiaufgabengesetz

enthält der Bericht einen Überblick über die Schwerpunkte der Tätigkeit des TLfD sowohl bei der beratenden Mitwirkung an der Gesetzgebung im Land, im Bund und der EU als auch bei der Bearbeitung von Bürgereingaben, der Kontrolle der öffentlichen Stellen des Landes und nicht zuletzt bei deren Beratung in datenschutzrechtlichen Fragen. Der Bericht weist gegenüber dem Landtag und der Landesregierung auf datenschutzrechtliche Defizite und den daraus resultierenden Handlungsbedarf hin. Zudem kann er den Mitarbeitern der öffentlichen Stellen eine Hilfe bei der Beantwortung datenschutzrechtlicher Fragen bieten. Schließlich soll er aber auch die Öffentlichkeit auf die immer wichtiger werdende Bedeutung eines funktionierenden Datenschutzes in der Informationsgesellschaft aufmerksam machen. Der Bericht ist im Internet abrufbar unter der Adresse :



http://www.thueringen.de/datenschutz

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Probleme mit den Leistungen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen

Seit den ersten Äußerungen der Politik zu einer SED-Opferrente im vergangenen Jahr haben die Anfragen bei der Landesbeauftragten zur Rehabilitierung und den Leistungen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen sprunghaft zugenommen. Das gleiche vermeldeten die für die strafrechtliche Rehabilitierung in Thüringen zuständigen Landgerichte: 2006 waren es 248, 2007 645 Antragstellungen. Der Rehabilitierungsbeschluss eines Landgerichtes bzw. die Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling ist Voraussetzung zur Beantragung der „Opferrente". Aus den Anfragen ehemaliger politischer Häftlinge (aus Deutschland und per E-Mail auch aus aller Welt) ist ersichtlich, dass über bereits bestehende Leistungen trotz zahlreicher Veröffentlichungen noch viel Unkenntnis herrscht. So wissen viele der in den 1990er Jahren Rehabilitierten und die nach dem Häftlingshilfegesetz vor 1992 anerkannten politischen Häftlingen nicht, dass 2000 eine Erhöhung der Kapitalentschädigung erfolgte und ihnen danach noch Leistungen zustehen.
Viele der Ratsuchenden machen ihrem Ärger Luft, weil sie mit ihrem Schicksal die „Opferrente" nicht erhalten können: Der ehemalige Häftling, der für 6 Monate die Kapitalentschädigung erhalten hatte, nun aber im ablehnenden Bescheid liest, dass er nur 179 Tage in Haft war, die Berechtigung zur „Opferrente" aber erst ab dem 180. Tag beginnt. Die allein erziehende Mutter mit zwei Kindern, die bisher Unterstützungsleistungen von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge erhielt, nun dort nicht mehr antragsberechtigt ist (sie war mehr als 6 Monate in Haft) und die „Opferrente" nicht erhält, da bei der Einkommensberechnung ihre minderjährigen Kinder nicht berücksichtigt werden. Der verfolgte Schüler, dessen beruflicher Entwicklungsweg 1962 eingeschränkt wurde, der in der DDR keinem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem angehörte und der nun mit 60 Jahren vorzeitig eine geringere Altersrente erhält.

Die Bürgerbeauftragte

Sprechstunden der Bürgerbeauftragten im 2. Halbjahr 2008

Im 2. Halbjahr 2008 sind folgende Bürgersprechstunden der Bürgerbeauftragten vorgesehen. Außer der Veröffentlichung im Internet werden die Termine auch in der regionalen Presse jeweils bekannt gegeben

01.07.2008	Landratsamt Altenburg	30.09.2008	Stadtverwaltung Stadtroda
08.07.2008	Stadtverwaltung Leinefelde-Worbis	07.10.2008	Stadtverwaltung Bad Langensalza
15.07.2008	Stadtverwaltung Rudolstadt	14.10.2008	Landratsamt Weimarer Land
22.07.2008	Landratsamt Sonneberg	16.10.2008	Dienststelle Erfurt
24.07.2008	Dienststelle Erfurt	21.10.2008	Landratsamt Wartburgkreis
05.08.2008	Dienststelle Erfurt	29.10.2008	Stadtverwaltung Jena
12.08.2008	Stadtverwaltung Gera	04.11.2008	Landratsamt Gotha
19.08.2008	Stadtverwaltung Eisenach	11.11.2008	Landratsamt Sömmerda
26.08.2008	Dienststelle Erfurt	18.11.2008	Stadtverwaltung Weimar
02.09.2008	Landratsamt Kyffhäuserkreis	20.11.2008	Dienststelle Erfurt
04.09.2008	Dienststelle Erfurt	25.11.2008	Landratsamt Ilmenau
09.09.2008	Landratsamt Schmalkalden-Meiningen	02.12.2008	Dienststelle Erfurt
16.09.2008	Stadtverwaltung Zeulenroda-Triebes	04.12.2008	Dienststelle Erfurt
23.09.2008	Stadtverwaltung Suhl		

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Str. 1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.